

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 21

Artikel: Die sowjetische Geschichte des WGB : zum Kongress des Weltgewerkschaftsbundes
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095589>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Kongress des Weltgewerkschaftsbundes

Die sowjetische Geschichte des WGB

Von Laszlo Revesz

Der unter kommunistischer Führung stehende Weltgewerkschaftsbund (WGB) wird seinen 7. Kongress am 17. Oktober in Budapest eröffnen. In diesem Zusammenhang wird hier auf die bisherige Rolle dieser kommunistisch geleiteten internationalen «Frontorganisation» hingewiesen.

Einer der wichtigsten, natürlich nur der Propaganda gewidmeten Charakterzüge der osteuropäischen Innen- und Aussenpolitik ist deren sogenannter Massencharakter. Partei und Staat wollen die Massen für die Unterstützung der offiziellen politischen Linie gewinnen. Auch an der praktischen Verwirklichung dieser Politik sollten die Massen beziehungsweise die Massenorganisationen teilnehmen.

Nach offizieller These leitet die Partei die Massen durch die sogenannten «Transmissionsriemen». Sie kann nicht alle Volksschichten direkt erreichen, sondern braucht Hilfstuppen. Dies gilt sowohl für die Innenpolitik als auch für die Aussenpolitik. Die zwei wichtigsten «Transmissionsriemen» in der Innenpolitik sind die Gewerkschaften und der Kommunistische Jugendverband, der Kom-somol. Die «Transmissionsriemen» in der Aussenpolitik nennt man offiziell «internationale demokratische Organisationen». Unter ihnen können folgende als wichtigste angesehen werden: Die Weltbewegung der Friedenskämpfer, der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Demokratische Frauenföderation, der Weltbund der demokratischen Jugend, der Internationale Studentenbund, die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen, der Rat für die Solidarität der Völker Asiens und Afrikas usw.

Es untersteht keinem Zweifel, dass unter diesen Frontorganisationen der Weltgewerkschaftsbund die wichtigste und grösste ist.

Die wichtigste internationale Frontorganisation

Der WGB wurde am 1. Weltgewerkschaftskongress im Oktober 1945 in Paris gegründet. Die sowjetische Initiative bei der Gründung wird in der Grossen Sowjetenzyklopädie (2. Auflage, Band IX, S. 298) vorsichtig folgendermassen angedeutet: «Bei der Errichtung des WGB gehörte die führende Rolle den Sowjetgewerkschaften.» Die Sowjets bereiteten sich schon gegen Ende des Zweiten Weltkrieges vor, um mit der Hilfe der Frontorganisationen in den westlichen Ländern den «internationalen Kampf gegen das Kapital» voranzutreiben und für ihre Politik im Westen Anhänger und Sympathisanten zu werben. Auf der 4. Session des Englisch-Sowjetischen Gewerkschaftskomitees vom Oktober 1944 wurde beschlossen, eine Weltgewerkschaftskonferenz in London einzuberufen, welche vom 6. bis 17. Februar 1945 auch stattfand. Diese wählte ein Vorbereitungskomitee zur Einberufung des konstituierenden Kongresses eines zu gründenden Weltgewerkschaftsbundes und bestimmte die Aufgaben der Weltgewerkschaftsbewegung für die nächste Zeit.

Ende September/Anfang Oktober 1945 nahmen am 1. Weltgewerkschaftskongress, welcher den WGB errichtete, Gewerkschaftsorganisationen aus 56 Ländern in Vertretung von 67 Millionen organisierten Werktätigen teil (davon entfielen

zirka 90 Prozent auf Osteuropa). Es hiess im Status des neuen WGB: «Er wurde errichtet zur Vervollkommnung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Völker aller Länder und zu deren Vereinigung für Zielsetzungen, welche sich alle friedliebenden Völker stellen und in der Erklärung des Weltgewerkschaftskongresses von London im Februar 1945 enthalten waren. Diese Zielsetzungen können erst dann vollständig verwirklicht werden, wenn eine Weltordnung errichtet wird, in welcher alle Reichtümer der Welt zum Wohl aller Völker ausgenützt werden (die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus physischen und geistigen Arbeitnehmern bestehen), wobei zur Verteidigung deren Interessen und des Fortschrittes die Vereinigung im nationalen und internationalen Massstab unerlässlich ist.»

Von Paris nach Prag

Als leitende Organe des WGB hat das Statut vorgesehen: den Weltkongress, den Generalrat, das Exekutivkomitee (36 Mitglieder), das Exekutivbüro, bestehend aus dem Präsidenten, den 11 Vizepräsidenten und dem Generalsekretär des WGB.

Der Sitz dieser wichtigen «internationalen demokratischen Organisation» war zuerst Paris. Infolge der Umtriebe dieser Organisation verbot jedoch die französische Regierung (am 26. Januar 1951) den weiteren Verbleib des WGB-Zentrums in Frankreich, was, wie die Grosse Sowjetenzyklopädie behauptet, einen «weltweiten Protest» der Werktätigen der Welt gegen die «gesetzwidrige» Anordnung der französischen Regierung auslöste. So kam der WGB nach Wien, wo damals noch sowjetische Truppen stationiert waren (April 1951). Nach der Erreichung des vollständigen Unabhängigkeit beziehungsweise der Neutralität wurde aber der Boden auch in Wien heiss, weshalb der WGB weiter nach Osten zügelte. Seit Anfang 1957 ist sein Sitz in Prag. Dort veröffentlicht er zwei Zeitschriften: Informationsbulletin und Weltgewerkschaftsbewegung.

Im Sinne des 1945 angenommenen Statutes hätte der Weltgewerkschaftskongress alle zwei Jahre einberufen werden sollen, in Wirklichkeit trat er jedoch alle vier Jahre zusammen.

WGB-Linie = KPdsU-Linie

Es wurde seit der Gründung des WGB ständig betont, er stehe für alle Gewerkschaftsorganisationen offen, ohne weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten, ohne nationale Schranken (vgl. beispielsweise die Thesen zum Aktionsprogramm, angenommen vom Weltgewerkschaftskongress 1965, 1. Einführung: Beilage zur Nr. 4/1965 der Zeitschrift «Wsemirnoje profsojusnoje dwisenie», S. 1). Trotzdem mussten aber die den sowjetischen Vorrang gefährdenden westlichen Gewerkschaften (der britische Kongress der Trade-Unions, der Kongress der Produktionsgewerkschaften der USA beziehungsweise die amerikanische Arbeitsföderation) im März 1949 zum Austritt gezwungen werden. Offiziell heisst es bis heute: Sie wollten die Kräfteverhältnisse in der WGB-Führung zu ihren Gunsten ändern und dadurch im WGB eine Spaltung hervorrufen. 1948 schloss sich auch das «reformistische» holländische Gewerkschaftszentrum ihnen an. Nach ihrer «Entlarvung» und ihrer Verurteilung durch die Werktätigen der Welt blieb ihnen nichts anderes übrig, heisst es in der Grossen Sowjet-



Ihre Befehlsausführung wird zum Befehl: Sowjetische Kongressdelegation bei der Stimmabgabe.

enzyklopädie, als auszutreten und 1949 eine eigene streikbrecherische Gewerkschaftsorganisation gegen die Kommunisten zu gründen.

*

Fine kurze Analyse der 25jährigen Tätigkeit des WGB zeigt unmissverständlich zwei Dinge: 1. In der Tätigkeit dieser Organisation hat die Aussenpolitik den Vorrang; 2. Die aussenpolitische Linie war ständig auf die offizielle Politik der Sowjetunion beziehungsweise der KPdSU abgestimmt.

Als Beweis dafür seien die wichtigsten Themen der Verhandlungen sowie die Beschlüsse und Deklarationen der bisherigen sechs Weltgewerkschaftskongresse und noch mehr diejenigen der Exekutivorgane zitiert. Während die Weltgewerkschaftskongresse vor die grosse Öffentlichkeit treten und deshalb wohl auch die Probleme des betrieblichen Lebens und des materiellen Wohlstandes zu Wort kommen müssen, können sich die Exekutivorgane, da ihre Sitzungen und Beschlüsse kleinere Publizität erhalten, ihren eigenen Aufgaben, nämlich der Propagierung der sowjetischen aussenpolitischen Generallinie, widmen. In den Beschlüssen der Exekutivorgane, in ihren Erklärungen wird immer auf die momentanen Schwerpunkte der sowjetischen Aussenpolitik Rücksicht genommen, was vielleicht das charakteristische Merkmal in der Tätigkeit dieser Organe ist. Es gibt nur eine einzige Ausnahme, im Zusammenhang mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Truppen; damals wurde nämlich die sowjetische Politik von dem in Prag tagenden Exekutivkomitee missbilligt.

Von Kongress zu Kongress

Der 2. Weltgewerkschaftskongress fand in Mailand vom 29. Juni bis 9. Juli 1949 statt, aber jetzt nur noch in der Anwesenheit von Delegierten aus 35 Ländern der Welt, in Vertretung von 72 Millionen Werktätigen (meistens aus dem Ostblock). Hier sei vermerkt, dass die italienische Regierung den Delegationen von 13 Ländern das Visum verweigerte, weshalb diese am Mailänder Kongress nicht teilnehmen konnten. Dieser Kongress traf konkrete Massnahmen zu einer aktiven Teilnahme der Gewerkschaftsbewegung an der Friedensbewegung. Auf sowjetischen Antrag erliess er eine Deklaration über die Verteidigung des Friedens, der demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen, sowie für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse. Er verurteilte die spalterische Tätigkeit der reaktionären westlichen Gewerkschaften und nahm Gewerkschaftsverbände von Indonesien, Burma, Vietnam, Thailand, Malaysia, Philippinen, Korea, Japan auf. Auch eine breite Kampagne wurde beschlossen zwecks Entlarvung der Kriegshetzer.

Auf Grund der Kongressbeschlüsse wurde ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, und es wurden 12 sogenannte Produktionsabteilungen des WGB für die einzelnen Branchen der Industrie gegründet; im Sinne der Kongressbeschlüsse wurden in den Betrieben — hauptsächlich in Osteuropa — Zehntausende von gewerkschaftlichen Komitees zur Friedensverteidigung gegründet. Aus den erwähnten Produktionsabteilungen des WGB entwickelten sich die sogenannten «internationalen Gewerkschaftsvereinigungen» (MOP) für die wichtigsten Industriebranchen. Heute gibt es ihrer 11:

- für die Werktätigen der Land- und Forstwirtschaft (17 Mio. Mitglieder);
- für diejenigen der Nahrungs- und Tabakindustrie und des Gastgewerbes (12 Mio. Mitglieder);
- für die Holz- und Holzverarbeitende Industrie sowie die Baumaterialienindustrie (über 9 Mio. Mitglieder);
- für die chemische und Oelindustrie sowie die verwandten Branchen (5 Mio. Mitglieder);
- für den Handel (über 10 Mio. Mitglieder);
- für den Unterricht (8 Mio. Mitglieder);
- für die kollektive Verpflegung und verwandte Berufe (17 Mio. Mitglieder);
- für die metallurgische und Maschinenbauindustrie (13 Mio. Mitglieder);
- für die Bergbauindustrie (6 Mio. Mitglieder);
- für die Textil-, Leder- und Schuhindustrie (zirka 8 Mio. Mitglieder);
- für Transport, Fischerei und Hafnarbeiten (13 Mio. Mitglieder).

Selbst die Aufzählung dieser Branchen zeigt, dass alles auf die sowjetische Industriestruktur eingestellt war.

Der 3. Weltkongress fand vom 10. bis 21. Oktober 1953 in Wien statt und verlief im Zeichen des «Kampfes für den Frieden, die Demokratie, für die Besserung der Lebensbedingungen der Werktätigen». Entsprechende Resolutionen und Erklärungen wurden reichlich angenommen.

Der 4. Weltkongress wurde vom 4. bis 15. Oktober 1957 in Leipzig abgehalten, und diesmal zeigte die Resolution des 3. Kongresses über Bestrebungen nach der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gewisse Erfolge. Am Kongress liessen sich diesmal 105 Millionen Mitglieder aus 80 Ländern vertreten (meistens natürlich die Gewerkschafter aller Ostblockländer); darunter gab es 2 Millionen Mitglieder jener Gewerkschaften, welche zum Internationalen Bund freier Gewerkschaften gehörten. Die Hauptaufmerksamkeit dieses Kongresses galt der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, dem Kampf für die Lebensbedingungen der Werktätigen, für den Frieden, für die nationale Unabhängigkeit und gegen den Kolonialismus.

Chruschtschews Friedensproletariat

Der 5. Kongress vom 1. bis 15. Oktober 1961 in Moskau fand in der Blütezeit der «Chruschtschewschina» statt und trägt alle Charakterzüge der sowjetischen Aussenpolitik dieser Zeit (vgl.: Die gegenwärtigen Probleme der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung; Moskau 1962.) Am Kongress waren 119,5 Millionen Mitglieder vertreten; ausserdem liessen sich aber auch Gewerkschaftsorganisationen vertreten, welche keine WGB-Mitglieder waren. Dieser Kongress nahm ein wichtiges Programm für die weitere Tätigkeit des WGB an, welches aus eigener Einleitung und sieben Kapiteln besteht. Die Reihenfolge und die Betitelung der einzelnen Kapitel zeigen die damalige Richtlinie der sowjetischen Politik:

Kapitel 1: Die internationale Arbeiterklasse kann, zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften, alle Gegenwartsprobleme der Menschheit lösen.

Kapitel 2: Der Krieg ist nicht unvermeidbar.

Kapitel 3: Der Kolonialismus muss endgültig vernichtet werden.



1961 noch dabei: Der chinesische Delegierte Liu Tschan-schen hält eine Rede. Heute ist es dem WGB offenbar unbekannt, dass es ein Land namens China gibt.

Kapitel 4: Die Werktätigen der sozialistischen Länder sind die Erbauer der neuen Welt.

Kapitel 5: Die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf für die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Kapitel 6: Die Verteidigung und Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte und der demokratischen Freiheiten.

Kapitel 7: Die Einheit und die wirksame internationale Solidarität garantieren den Sieg der Arbeiterklasse.

Die eigentlichen aussenpolitischen Aufgaben des WGB wurden in Punkt 43 des Kapitels aufgezählt: Kampf für den Frieden und Abrüstung für die friedliche Koexistenz, Auflösung der Militärblöcke für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages durch die Anerkennung beider deutschen Staaten, Ausserkraftsetzung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages, Garantie der gesetzlichen Rechte der chinesischen Volksrepublik in der UNO, Nichtzulassung einer amerikanischen Aggression gegen Kuba, friedliche Vereinigung von Korea und Vietnam, Beendigung der gesetzwidrigen Okkupation Formosas und dessen Rückkehr zur chinesischen Volksrepublik, Beendigung der gesetzwidrigen Besetzung Westirans und dessen Rückgabe an die Indonesische Republik, Anerkennung der Unabhängigkeit von Algerien, Einstellung der ausländischen Einmischung im Kongo und in Laos. In Punkt 61 des 3. Kapitels wurden folgende aussenpolitische Ziele gestellt: Unterstützung des Kampfes der südafrikanischen Völker für Freiheit und Unabhängigkeit, der Patrioten von Angola, Kampf für die endgültige Liquidierung des Kolonialismus.

In Punkt 135 des 8. Kapitels wird die Einheit — oder mindestens die Aktionseinheit — der Weltgewerkschaftsbewegung gefordert, wobei aber als Hindernis der Internationale Bund freier Gewerkschaften hingestellt wird. Wie in diesem Punkte behauptet wird, wurden die «Koordinierungsvorschläge» des WGB ohne Antwort gelassen. Die «spalterische Tätigkeit» der freien Gewerkschaften verursacht ein grosses Hindernis auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit, heisst es im Programm. Punkt 147 verlangt eine Aktionseinheit sowohl in den Betrieben als auch auf nationaler Ebene. Punkt 149 zählt die Prin-

zipien der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf: Gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der nationalen Gewerkschaftszentren und Branchenorganisationen, Aufstellung gemeinsamer Ziele und Losungen, freiwilliger Verzicht auf die Fragen, in welchen es keine Einheit gibt. Wie jedoch in Punkt 58 angeführt wurde, wird eine «klassengebundene» Unabhängigkeit für die einzelnen Gewerkschaften gesichert, was wieder ein dialektischer Begriff ist, dessen Auslegung genauso flexibel ist wie jene des «sozialistischen Internationalismus» (im Zusammenhang mit den tschechoslowakischen Ereignissen).

Was die innenpolitischen Aufgaben der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen betrifft, zählt das Programm u. a. folgende auf: Kampf für die Sicherung des Streikrechtes, welches die Monopole entziehen will (Punkt 95, Kapitel 4), Kampf für die materielle Besserstellung der Werktätigen (Punkte 83—113), der Zusammenschluss aller nationalen antiimperialistischen Kräfte gegen das Monopol und den Imperialismus (Punkt 43). Es heisst ferner in Punkt 100: Die Gewerkschaften kämpfen «für die Nationalisierung aller grundlegenden Branchen der Industrie... für die Demokratisierung der Verwaltung dieser Branchen nach ihrer Nationalisierung», für die Kürzung der Militärbudgets usw. In den Punkten 114—125 ist von der Ausdehnung der Rechte der Gewerkschaften die Rede: Die gewerkschaftlichen Freiheiten müssen auf alle Betriebe ausgedehnt werden, d. h. in allen Betrieben dürfen Gewerkschaftsorganisationen funktionieren. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass der WGB auch die UNO aufrief, die Gewerkschaftsrechte in den kapitalistischen Ländern zu garantieren. Schon 1947 verlangte der WGB in einem Brief an den Generalsekretär der UNO, man müsse die nächste Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO der Garantie und Verbreitung der Gewerkschaftsrechte widmen. In einem anderen Brief vom gleichen Jahre wurde verlangt, man müsse dahin wirken, dass die Gewerkschaften in den Betrieben das Recht erhalten, die Probleme der Produktion ohne Einmi-

schung der staatlichen oder betrieblichen Organe zu erörtern und zu beschliessen. Die diesem Prinzip widersprechenden nationalen Gesetze sollten hingegen ausser Kraft gesetzt werden, da diese das UNO-Statut verletzen. Der erwähnte UNO-Rat sollte eine eigene Kommission bilden, damit diese die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte ständig kontrolliere.

Der 6. Weltgewerkschaftskongress wurde vom 8. bis 22. Oktober 1965 in Warschau abgehalten. Er nahm eine grosse Anzahl von Thesen zur Verwirklichung des Programmes der Gewerkschaften an. Die Einführung zu diesen «Thesen» betont und wiederholt: Dem WGB können Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Richtungen aller Länder der Welt unabhängig von ihren politischen, philosophischen und religiösen Konzeptionen, Rasse ihrer Mitglieder und der sozialen-wirtschaftlichen Struktur ihres Landes beitreten. Der WGB achtet ihre Rechte und mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten ein. Dies war eigentlich die Wiederholung des Beschlusses des im März dieses Jahres in Moskau abgehaltenen Konsultativtreffens der kommunistischen und Arbeiterparteien. Der Hinweis einer «klassengebundenen» Unabhängigkeit wurde nicht wiederholt. Kapitel 2 («Die internationale Lage und der Friedenskampf») enthält einen Aufruf zur Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront Vietnams (Punkt 9), verlangt einen grossen Kampf gegen die aggressiven Absichten des amerikanischen Imperialismus (Punkt 10) und wiederholt die friedliche Koexistenz als Generallinie der internationalen Gewerkschaftsbewegung (Punkt 11). Als Bedingungen der friedlichen Koexistenz zählt Punkt 12 auf: Nichteinmischung und Anerkennung des Rechtes für jedes Volk, seine politischen Einrichtungen selbst zu wählen (Selbstbestimmung).

Neue Definition der Arbeiterklasse: Was alles dazu kommt

In Punkt 57 des 7. Kapitels wird eine wichtige Wendung der sowjetischen politischen Wissenschaft auch in die internationale Gewerkschaftsbewegung hineingetragen: die Ausdehnung des klassischen Begriffes der Arbeiterklasse. Diese Wendung hat sich erst damals gezeigt, und trotzdem wurde sie bereits in der kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsbewegung berücksichtigt. Am klarsten wurde diese neue politologische Wendung vielleicht in der Studie des Moskauer Professors für Wirtschaftswissenschaften Ju. A. Wasiljtschuk zusammengefasst. (Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution und das Industrieproletariat. — Woprosy filosofii Nr. 1/1969, S. 11—23.) Als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution seien in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Gruppe des Industrieproletariates in der Sphäre der nichtmateriellen Produktion (Ingenieure, Techniker), eine andere Gruppe in der administrativen Intelligenz entstanden (S. 22). Die Interessen aller Lohnempfänger seien gleich, alle seien von den Monopolen ausgebeutet; deshalb bildeten sie eine einheitliche Klasse des Proletariates mit verschiedenen Gruppen und Schichten. Diese der marxistisch-leninistischen Linie eben nicht folgende Wendung wurde 1965 in den Thesen folgendermassen (in sehr vorsichtiger Form, wahrscheinlich aus Furcht vor dem Vorwurf eines «Revisionismus») aufgenommen: Dem Bündnis der Monopole muss das Bündnis

der Gewerkschaftsorganisationen gegenüberstehen. Die Ingenieure, Techniker, die Kaderfunktionäre wollen sich vereinigen; viele ihrer Interessen fallen mit den Forderungen der Arbeiterklasse zusammen. Die technische Revolution erweitert den sozialen Charakter der Produktion, und neue Probleme der Beschäftigung treten auf. Es war merkwürdig, dass zwar die Vertreter der volkschinesischen Gewerkschaften an diesem Weltkongress noch teilnahmen, aber über Chinas Anspruch auf die UNO-Mitgliedschaft und über seine Ansprüche auf Formosa bereits nicht gesprochen und nichts beschlossen wurde.

Punkt 57 zählt die innenpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften in drei Gruppen auf: Aufgaben der Gewerkschaften im sozialistischen System (Erweiterung der sozialistischen Demokratie, Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung), in den entwickelten kapitalistischen Ländern (Kampf gegen die Monopole, Aktions-einheiten aller antiimperialistischen Kräfte) und in den Entwicklungsländern (Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit, gegen Neokolonialismus, für die Erhöhung des Lebensstandards).

WGB-Exekutivorgane: direkte Kreml-Administration

Die Unterordnung der Tätigkeit des WGB unter die sowjetische Aussenpolitik kommt in den Beschlüssen und Erklärungen der zentralen Exekutivorgane noch mehr zum Vorschein. Beispielsweise seien die Jahre 1966 und 1967 angeführt:

28. Februar 1966, Prag — 51. Session des Exekutivbüros: Aufruf an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt zur Erweiterung des Solidaritätskampfes mit dem vietnamesischen Volk. Dies soll als die wichtigste Losung zum 1. Mai angenommen werden. — Aufruf zur Erweiterung der Streikbewegung. Der WGB wird für die Einheit der Werktätigen und der Gewerkschaften der Welt kämpfen. Solidarität mit dem Volk der Dominikanischen Republik.

13. März 1966 — Der WGB überreichte dem Komitee der 18 Länder für Abrüstung ein Memorandum über das Verbot der Verbreitung der Atomwaffe, welche Westdeutschland unter keinen Umständen zugänglich gemacht werden dürfe. Förderung der atomfreien Zonen in Zentral-europa, Afrika usw.

26.—28. Mai 1966 — 32. Session des Exekutivkomitees in Nicosia: Aufruf zur Festigung der internationalen Solidarität der Werktätigen und der Gewerkschaften mit dem gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes. Erörterung der Fragen der Erweiterung des aggressiven Charakters des Imperialismus auch in anderen Weltteilen. Erörterung der Ausdehnung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung durch die Monopole. Erweiterung der Aktionseinheit der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene.

24. November 1966 — Aufruf an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt zur Erweiterung des Kampfes gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus in Vietnam. Offener Brief an 135 Regierungen mit einem Aufruf, sich von der Politik des Krieges und der Aggression der USA zu distanzieren (Exekutivkomitee im Namen des WGB).

6.—9. Dezember, Sofia — 16. Session des Generalrates. Beschluss: 1967 wird ein Konsultativ-treffen zur Erörterung der Fragen der kollektiven Sicherheit in Europa mit der Teilnahme der



Hier wird gestreikt (Westdeutschland)...

europäischen Gewerkschaften aller politischen Richtungen abgehalten. Botschaft an die vietnamesischen Gewerkschaften über Solidarität. *Verurteilung der Haltung der chinesischen Vertreter, welche den WGB und die UdSSR verleumdete. Wegen Verletzung der Ordnung und Obstruktion wurden sie ausgeschlossen.* Aufruf an alle Werktätigen und Gewerkschaften der Welt, sie sollten sich für die sofortige Einstellung der Aggression in Vietnam einsetzen. Der 20. Dezember 1966 wurde zum Tag der internationalen Solidarität mit den Werktätigen und dem Volk von Vietnam erklärt. Annahme einer «Prinzipiellen Erklärung zu den Problemen der europäischen Sicherheit». Beschluss über die Unterstützung des Volkes von Aden. Deklaration über eine internationale Gewerkschaftskonferenz zur Förderung des internationalen Handels. Deklaration über die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes. Beschluss über die Ausbildung von Gewerkschaftskadern für die Entwicklungsländer.

14.—18. Dezember, Budapest — Internationale Gewerkschaftskonferenz zur Förderung der internationalen Handelsbeziehungen im Interesse der Werktätigen und der Völker (vgl.: Jahrbuch zur Grossen Sowjetzyklopädie, 1967, Seiten 462—463).

11.—13. April 1967, Prag — 54. Session des Exekutivbüros: Aufruf zur Erweiterung der internationalen Solidarität der Werktätigen und der Gewerkschaften mit Vietnam. Eine Erklärung im Zusammenhang mit der Beratung der amerikanischen Staatsoberhäupter, Erklärung zur Unterstützung des Kampfes der Werktätigen Adens gegen die kolonialen Repressalien und für die nationale Unabhängigkeit und weitere Beschlüsse zu aktuellen Fragen der Politik.

25.—27. Oktober, Prag — Die 34. Session des Exekutivkomitees: Aufruf an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt, die amerikanische Aggression in Vietnam zu verurteilen. Aufruf an die Werktätigen aller Länder, sowie an alle Gewerkschaften irgendwelcher «Richtung», den Kampf für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression, für den Auszug der israelischen Truppen aus den arabischen Gebieten zu erweitern. Erklärung im Zusammenhang mit den Versuchen des amerikanischen Imperialismus, die wirtschaftliche Blockade gegen Kuba zu erweitern, gegen die amerikanischen und südkoreanischen Provokationen gegen die Koreaanische Volksdemokratische Republik. Solidaritätserklärung mit den griechischen Patrioten in ihrem Kampf zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und der Gewerkschaftsrechte. Verurteilung der Repressalien gegen Gewerkschaftsfunktionäre in Spanien.

30.—31. Oktober 1967 — Feierliche internationale Gewerkschaftsversammlung in Leningrad, mit Vortrag von Saillant: «Die feierliche Begehung der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution und die internationale Gewerkschaftsbewegung.» (Jahrbuch zur Grossen Sowjetzyklopädie, 1968, S. 472.)

Das Orientierungsdokument zum heutigen Kongress

Das Sekretariat des Weltgewerkschaftsbundes hat zum 7. Weltgewerkschaftskongress ein «Orientierungsdokument über die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Vorbereitung des 7. Weltkongresses der Gewerkschaften» ausgearbeitet, welches, nachdem es an der 36. Session des Exe-

kutivkomitees (am 5. Juni 1969) bestätigt wurde, im August 1969 veröffentlicht wurde. Das neue Dokument fasst einerseits die bisherigen Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung zusammen und enthält auch einige Neuigkeiten, entsprechend der Weltlage beziehungsweise den neuen Aufgaben der sowjetischen Aussenpolitik. Einige Punkte dieses Dokumentes sind sehr aufschlussreich.

Als Formen des von den Gewerkschaften zu führenden Klassenkampfes sind in Punkt 2 u. a. folgende aufgezählt:

Energischer Kampf, massenhafte Streiks, Demonstrationen, Vertiefung des Kampfes in allen Formen gegen die ausländischen Unterdrücker. Gemeinsamer und unaufhörlicher Kampf aller antiimperialistischen Kräfte, der Werktätigen der kapitalistischen Länder, der patriotischen Kräfte der Entwicklungsländer, der Völker des sozialistischen Lagers, der friedliebenden und demokratischen Kräfte der ganzen Welt gegen den Imperialismus.

Der Imperialismus ist ausserstande, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen (Punkt 4), weshalb eine Einheit aller antiimperialistischen Kräfte zur Lösung der Weltprobleme eine dringende Notwendigkeit ist. «Vor dem Weltgewerkschaftsbund und seinen Mitgliederorganisationen steht die begeisternde Aufgabe des ständigen Kampfes für die Einheit der Werktätigen und der Gewerkschaftsorganisationen in den kapitalistischen und sozialistischen Staaten, sowie der unterdrückten und ausgebeuteten Völker» (Punkt 5).

Internationale Politik: China gibt es einfach nicht

In Punkt 41 werden die aussenpolitischen Aufgaben (unter dem Titel: «Für den Frieden in der ganzen Welt») aufgezählt:

Kampf für die friedliche Koexistenz, Auflösung der Militärblocke, allgemeine und vollständige Abrüstung, Einstellung der Kernversuche, Beseitigung der Spannung im Nahen Osten, sofortiger Abzug aller israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten, Unterstützung der Araber und Solidarität mit ihnen; Kampf für die europäische Entspannung, Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen beider deutschen Staaten, Ablehnung der Ansprüche der Bundesrepublik auf Alleinvertretung, europäisches Sicherheitssystem. Beendigung der Besetzung Südkoreas, Solidarität mit dem koreanischen Volk, Vereinigung Koreas mit friedlichen Mitteln, ohne Einmischung, Ausserkraftsetzung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages, *vollständige und bedingungslose Vereinigung Okinawas mit Japan* (über die sowjetisch besetzten japanischen Gebiete kein Wort!), Kampf gegen die Neugeburt des japanischen Imperialismus, Einstellung des vom amerikanischen Imperialismus geführten Krieges in Laos, Kambodscha . . .

Der gleiche Punkt zählt als Grundsätze der friedlichen Koexistenz auf: Achtung des Prinzips der Nichteinmischung, freie Auswahl des politischen Systems und Kurses. «Der Kampf für Frieden gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und Souveränität der Völker steht im Zentrum der Aufmerksamkeit des Weltgewerkschaftsbundes», heisst es in Punkt 45.

Im Zusammenhang mit dem Kampf der Gewerkschaften auf innenpolitischem Gebiet erklärt das Dokument eindeutig (Punkt 11): «Es handelt sich

nicht nur um (einzelne) wirtschaftliche und soziale Forderungen, sondern um die Grundlagen der (ganzen) kapitalistischen Gesellschaftsordnung . . .» Die Werktätigen betrachten nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln und die private Form der Aneignung der Arbeitsprodukte durch immer kleinere Kapitalistengruppen als Hindernis auf dem Wege des Fortschritts . . . Mit dem Kampf für neue Rechte in den Betrieben verbindet sich immer mehr der gemeinsame Kampf, welcher die verschiedenen Kategorien der Lohnempfänger verbindet» (Punkt 11). Punkt 33 erklärt: «Dieser Kampf verflechtet sich mit den Aktionen für die Demokratisierung des Staates, für die demokratische Politik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. All dies verlangt die Umgestaltung der Gesellschaft . . .» Der innen- und aussenpolitische Kampf der Gewerkschaftsbewegung kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn ein Bündnis der organisierten anti-monopolistischen Kräfte entsteht (Punkt 12) und eine Aktionsgemeinschaft der Gewerkschaften zustande kommt (Punkt 13).

Und dann: «Von Parteien und Regierungen unabhängig»

Punkt 45 beschäftigt sich mit dem Charakter des WGB: «Die Gesamtheit jener Faktoren, welche die gegenwärtige internationale Wirklichkeit der Gewerkschaften bilden, verleiht dem WGB einen neuen Charakter. Er ist eine internationale, demokratische, klassengebundene gewerkschaftliche Massenorganisation, welche von Parteien und Regierungen unabhängig ist. In seinem Rahmen bestimmt jedes nationale Gewerkschaftszentrum die eigene Richtlinie auf Grund der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und der internationalen Solidarität. Der WGB prüft die Weltereignisse und bewertet sie vom Klassenstandpunkt aus . . .» Er steht offen für alle Gewerkschaftsorganisationen (Punkt 46), ohne politische und ideologische Unterschiede (Punkt 61), denn nur so kann man das Endziel verwirklichen:

(Fortsetzung auf Seite 12)



... und hier wird Arbeitsniederlegung mit Deportation von 2 bis 5 Jahren bestraft und Streikorganisation als Sabotage mit den schwersten Strafen bedroht (Sowjetunion).

eine Weltgewerkschaftsorganisation für die einheitliche Arbeiterklasse (Punkt 61), wobei diese auch in diesem Dokument im ausgedehnten Sinne gemeint wird.

Als wichtigere, zum Teil neue Bestrebungen sind im Dokument angeführt:

— Die Bildung von regionalen Gewerkschaftszentren für Rayone ähnlichen Charakters (Punkt 50), in welchen der WGB mit deren Einverständnis eigene Vertretungsorgane (für Kontakt, Koordinierung, Information, Ausbildung von Gewerkschaftskadern) errichtet.

— Förderung der gewerkschaftlichen Arbeit unter Ingenieuren, Technikern, Angestellten, Frauen und Jugendlichen, da man sich mit der Organisierung dieser Schichten zuwenig beschäftigte (Punkt 52).

— Erweiterung der Bedeutung der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen (MOP) für die einzelnen Industriebranchen (Punkt 54).

— Erweiterung der Zusammenarbeit auf Grund der Klassenprinzipien und im Geist der Einheit mit den Sonderinstitutionen der UNO (UNESCO, FAO, Internationale Arbeitsorganisation usw.).

✽

Das Dokument schweigt über China, Formosa, Indonesien. Dass es auch innerhalb des «sozialistischen Lagers» Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gab und gibt, wird nicht einmal erwähnt.

Nackter Zynismus

Es fällt ferner auf, dass der WGB auf internationalem Gebiet eine Anzahl Rechte für die Gewerkschaften verlangt, welche diese unter kommunistischer Herrschaft nicht geniessen können. So ist es vor allem mit dem Prinzip der Freiheit der Gewerkschaften von Parteien und Regierungen. Es heisst in der Einleitung zum geltenden Gewerkschaftsstatut der Sowjetunion (angenommen vom 13. Gewerkschaftskongress im Oktober 1963): Die sowjetischen Gewerkschaften sind «eine ausserparteiliche gesellschaftliche Massenorganisation, die die Arbeiter und Angestellten aller Berufe freiwillig ... zusammenschliesst ... Die Gewerkschaftsverbände leisten ihre Arbeit unter der Leitung der KPdSU ... Die Gewerkschaften der UdSSR scharen die Arbeiter und Angestellten um die Partei ...»

Das «Schmarotzergesetz der UdSSR» (der Ukas von 1951) schreibt für die ungerechtfertigte Einstellung der Arbeit Deportation von 2 bis 5 Jahre vor.

Zu gleicher Zeit erklärte aber die vom Generalrat des WGB im Dezember 1954 genehmigte Charta der Gewerkschaftsrechte u. a. folgendes:

Kapitel 1: Rechte der Werktätigen:

«Die Werktätigen haben das Recht, sich an allen Aktionen zur Verteidigung ihrer Interessen zu beteiligen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Ak-

tionen die Form eines Streiks, einer Manifestation oder irgendeine andere Form des gewerkschaftlichen Kampfes haben.»

Im Kapitel 4, «Garantie des Streikrechtes», heisst es:

«Das Streikrecht ist ein Grundrecht der Werktätigen. Jeder Schaffende ohne Unterschied seines Berufes hat das Recht, ohne jegliche Beschränkung in den Streik zu treten. Die Werktätigen und Gewerkschaftsorganisationen haben das Recht, jegliche Vorkehrungen zur Organisation und Unterstützung des Streiks zu treffen. Die Organisation eines Streiks und die Teilnahme am Streik sowie die Beteiligung an Solidaritätskundgebungen dürfen in keinem Fall einen Vorwand dafür bilden, vor dem Streik, während oder nach dem Streik Strafen, Sanktionen oder Repressivmassnahmen anzuwenden» (vgl. Tschechoslowakische Gewerkschaften, Nr. 1, 1964, S. 01—04, und S. A. Ivanov: Die internationale Organisation der Arbeit und die Gewerkschaftsrechte in den kapitalistischen Staaten, Moskau 1959, S. 243—246).

Der neue Weltgewerkschaftskongress findet ein Jahr nach den tschechischen Ereignissen statt, wie der 4. ein Jahr nach dem ungarischen Aufstand abgehalten wurde. Wie der 4. Kongress in der Gewerkschaftsbewegung nichts Neues brachte, wird der 7. ebenfalls wahrscheinlich keinen Bezug auf die Tschechoslowakei nehmen, mindestens offiziell und in den Dokumenten nicht. Es ist jedoch abzuwarten, ob Saillant seinen Posten als Generalsekretär behalten kann, da er die Besetzung der CSSR 1968 missbilligte.

L. R.

In Kürze

Verstärkte Sowjetpräsenz in Zambia

Im zentralafrikanischen Zambia, dem ehemaligen Nordrhodesien, haben sich die UdSSR und die DDR verpflichtet, an der Ausbeutung der im Juli verstaatlichten Kupferbergwerke mitzuhelfen. Die ersten Expertengruppen sind an der Arbeit. Die Chinesen, die das Grossprojekt einer quer durch das Land gehenden Eisenbahnverbindung von Tanzania nach Zambia durchführen, haben trotzdem in der letzten Zeit in Lusaka politisch an Boden verloren. Das kommt den Sowjets zugute, obwohl Zambia auch Moskau gegenüber Vorbehalte hat, namentlich was die sowjetische Unterstützung von Nigeria gegen Biafra angeht, welches von Zambia als Staat anerkannt wird.

Ungarn—Chile

Ungarn beteiligt sich am chilenischen Kupferabbau. Die Verhandlungen über die Gründung gemeinsamer Unternehmungen auf diesem Gebiet werden bald abgeschlossen sein.

NEUES AUS DEM

In eigener Sache

Westdeutschland hat einen neuen Miniskandal. Im Rowohlt-Verlag brach er aus. Weil von dort eine Lizenzausgabe von 20 000 oder 30 000 Exemplaren des Buches «Marschroute eines Lebens» von Jewgenija Ginsburg an das Bonner Verteidigungsministerium verkauft worden ist. Die Bücher wurden durch Ballons in die DDR geschickt. Der Droemersch Verlag verkaufte die Lizenz für 30 000 Penkovskij-Bücher, und der Verlag Kiepenheuer verkaufte 20 000 Exemplare der Ulbricht-Biographie von Carola Stern an die SPD, die sie an Freunde in Mitteldeutschland verschickte.

Fügt der «Stern» bei: «Pikant jedoch wird der Buchvertrieb über die DDR-Grenze durch einen vierten Verlag: Bonns 'Ballonkrieger' streuten das beim Schweizerischen Ost-Institut erschienene Buch 'Moskauer Sommer' von dem Jugoslawen Mihajlov über das zensurierte andere Deutschland.»

Dazu möchten wir zunächst festhalten:

● Der «Moskauer Sommer» ist in drei Auflagen und insgesamt 11 000 Exemplaren erschienen.

● Das Buch wurde durch den Buchhandel in der Schweiz und in Deutschland sowie vor allem im Ansichtsversand an die Abonnenten des «Zeitbildes» verkauft.

● Eine Lizenzausgabe wurde weder verlangt noch je gewährt. Das SOI besitzt die Weltrechte an diesem Buch.

● Verhandlungen mit dem Bonner Verteidigungsministerium über eine Blockabnahme wurden nicht geführt.

● Das Ost-Institut hat mit der Ballonaktion nichts zu tun und hatte davon keine Kenntnis.

Dazu möchten wir ferner festhalten:

● Wenn das Verteidigungsministerium in Bonn Exemplare dieses Buches im Buchhandel erworben und nach der DDR geschickt hat, so freut uns das.

● Wenn ein Verteidigungsministerium einen solchen «Ballonkrieg» führt, statt einen militärischen Krieg führen zu müssen, so freut das nicht nur uns.

● Wenn eine solche Art der Information für Menschen, die der Zensur unterworfen sind, kritisiert wird, läuft das auf eine ideelle und materielle Unterstützung der Zensur kommunistischer Regimes hinaus. Wen freut das?

Geschäftsleitung SOI

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.